

Hochspannung

Dialog zwischen Nord und Süd für den Klimaschutz

Gerechtigkeit im Treibhaus

Von Hermann E. Ott und Bernd Brouns

Um den Klimawandel zu bekämpfen, reicht es nicht aus, nur über Emissionsobergrenzen zu diskutieren. Vielmehr muss es in der Klimapolitik auch darum gehen, globale Gerechtigkeit zu schaffen und die existenziellen Lebensgrundlagen jedes Menschen zu schützen.

Die Klimaschützer stehen vor einem schwierigen Problem: Einerseits ist das Kyoto-Protokoll noch nicht in Kraft getreten, weil Russland bisher die Unterschrift verweigert. Andererseits muss es beim Klimaschutz vorangehen. Die Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll schaffen zwar das Grundgerüst für die Kooperation der Weltgemeinschaft beim internationalen Klimaschutz. Aber das ist nur ein erster Schritt im Kampf gegen den fortschreitenden Klimawandel.

Die Anforderungen an zukünftige Verhandlungen sind gewaltig. Der Ausstoß von Treibhausgasen muss in Zukunft in weitaus größerem Umfang eingedämmt werden als bisher geschehen. Die Indus-

triestaatenn müssen aktiver beim Klimaschutz werden, mehr Länder müssen sich beteiligen und gerade die Entwicklungsländer müssen in diesen Prozess mit eingebunden werden. Gleichzeitig muss sich die Welt auf die Folgen des Klimawandels einstellen, die schon jetzt nicht mehr zu vermeiden sind. Die Länder, die davon besonders betroffen sind, müssen von der Weltgemeinschaft unterstützt werden.

Eine globale Herausforderung

Im Kyoto-Protokoll wurde erstmals auf politischer Ebene eine rechtlich verbindliche Pflicht zur Begrenzung von Treibhausgasemissionen verankert. Sie gilt bisher nur für die Industrieländer (inklusive der Staaten Osteuropas und einiger Nachfolgestaaten der Sowjetunion). Denn diese Staaten waren in der Vergangenheit für den überwiegenden Teil der globalen Emissionen verantwortlich: Sie haben knapp achtzig Prozent der im 20. Jahrhundert freigesetzten Kohlendioxid-Emissionen verursacht – ein Abfallprodukt der industriellen Entwicklung. Auch im Jahr 2001 entfiel die Hälfte des globalen Ausstoßes an Kohlendioxid (CO₂) auf das knappe Fünftel der Weltbevölkerung, das in den Industriestaaten lebt. Den Entwicklungsländern wurde in Kyoto ein weiterer Anstieg ihrer Treibhausgasemissionen zugestanden, damit sie ihren sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsbedürfnissen nachkommen können. Um jedoch eine gefährliche Störung des Klimasystems durch den Menschen zu vermeiden, wie es die Kli-

marahmenkonvention verlangt, reichen mittelfristig Emissionsminderungen alleine in den Industrieländern nicht aus. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“ stellte in seinem kürzlich erschienenen Sondergutachten fest, dass zur Einhaltung des Klimaziels der Europäischen Union (EU) eine Halbierung der weltweiten CO₂-Emissionen (Referenzjahr 1990) bis Mitte dieses Jahrhunderts notwendig ist. (1) Nur dann könne die globale Erwärmung aufgehalten werden und würde nicht mehr als zwei Grad Celsius über dem Temperaturmittelwert gegenüber der vorindustriellen Zeit liegen (vgl. S. 38 ff.). Um dieses Minimalziel zu erreichen, müssen mittelfristig auch einige Entwicklungsländer ihren Treibhausgasausstoß begrenzen. Doch hierbei stellen sich schwierige Fragen: Welche Emissionsmenge soll man zukünftig welchen Ländern zubilligen? Nach welchen Kriterien sollen diese verteilt werden? Wer hat welche Minderungslasten zu übernehmen und wem steht welches Recht an der Nutzung der Atmosphäre zu? Fragen, die vor dem Hintergrund des bestehenden globalen Wohlstandsgefälles und der Bedeutung von Emissionsgrenzen für das Entwicklungspotenzial eines Landes einer gerechten Antwort bedürfen.

Klimaschutz und Menschenwürde

Doch nicht nur die Frage nach internationaler Verteilungsgerechtigkeit wird zukünftig eine Schlüsselrolle spielen. Vielmehr wird es in der Klimapolitik auch



um die Schaffung und Bewahrung von Menschenwürde gehen. (2) Das Ausmaß der globalen Erwärmung muss auch deshalb begrenzt werden, weil die Folgen für viele Menschen eine existenzielle Bedrohung darstellen. Dabei geht es um die Erhaltung einer lebensfähigen Umwelt, vor allem im Süden; letztlich also um die physische Integrität der sozial Schwachen und Machtlosen. Die hohe Verwundbarkeit durch klimatische Änderungen bestimmter Regionen liegt zum Teil in deren geografischer Lage begründet, aber auch in deren fehlenden finanziellen und technischen Möglichkeiten zur Anpassung an die sich verändernden Bedingungen.

Gerechtigkeit in ihren vielfältigen Dimensionen ist schon in der Klimarahmenkonvention als handlungsleitendes Prinzip für die Ausgestaltung internationaler Klimapolitik verankert. Dort heißt es in Artikel 3.1: „Die Vertragsparteien sollen auf der Grundlage der Gerechtigkeit und ent-

sprechend ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihren jeweiligen Fähigkeiten das Klimasystem zum Wohl heutiger und künftiger Generationen schützen.“

Die Stimme des Südens

Die Rolle der Entwicklungsländer wird deshalb in Zukunft noch wichtiger werden. Standen diese bisher in den entscheidenden Verhandlungsrunden, wie während der letzten Tage von Kyoto, oftmals abseits des „Klubs der Mächtigen“, so wird ihnen zukünftig eine Schlüsselrolle zukommen. Einen ersten Eindruck von den neuen Herausforderungen bei den Verhandlungen gab es beim Klimagipfel in Neu-Delhi im Jahr 2002 (COP 8). Dieser endete aufgrund eines diplomatisch ungeschickten Vorpreschens der EU, als es um die Fortschreibung internationaler Klimaschutzziele ging, in einer konfrontativen Blockade der Entwicklungsländer gegenüber der EU. (3)

Um für den Dialog zwischen Industrie- und Entwicklungsländern in Zukunft besser gerüstet zu sein, hat das Wuppertal Institut gemeinsam mit dem „Energy & Development Research Centre“ aus Kapstadt (Südafrika) das Projekt „South-North Dialogue – Equity in the Greenhouse“ (Süd-Nord-Dialog – Gerechtigkeit im Treibhaus) initiiert. (4) Dieses Projekt führt Wissenschaftler aus 14 Industrie- und Entwicklungsländern zusammen, um gemeinsam die Eckpfeiler zukunfts-fähiger internationaler Klimapolitik zu diskutieren. Bei der Zusammensetzung der Gruppe wurde auf vielfältige Kriterien, vor allem aber auf die geografische und politische Ausgewogenheit geachtet: Fünf Vertretern aus dem industrialisierten Norden stehen neun Süd-Vertreter gegenüber.

Mit dem Projekt wurde ein Forum jenseits der diplomatischen Verhandlungen geschaffen, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und eine gemeinsame Vertrauensbasis zu bilden. Wichtig ist es, die oftmals von länderspezifischen Bedingungen geprägten Positionen kennen zu lernen. Dabei werden zukünftige Verhandlungskonstellationen antizipiert und potenzielle Kompromiss- wie Konfliktlinien aufgezeigt. Auf dieser Basis sollen dann in einem zweiten Schritt konkrete Empfehlungen für den politischen Prozess erarbeitet werden.

Bei einem Auftaktworkshop in Wuppertal wurden sieben Eckpfeiler eines zukunfts-fähigen Klimaregimes identifiziert und danach jeweils in dreiwöchigen Phasen per E-Mail diskutiert. Die aufbereite-



Die neusten BUKO-Veröffentlichungen:

„Wo steht die Bewegung“ (2002)
EUR 5,- - zzgl. Porto

„radikal global - Bausteine für eine internationalistische Linke“ (2003)
EUR 16,80 zzgl. Porto

BUKO Bundeskoordination Internationalismus
www.buko.info

BUKO radikal global

Zu beziehen über BUKO-Geschäftsstelle www.buko.info, mail@buko.info,
Fon 040-393156, Fax 040-28055122
(Rabatt für WiederverkäuferInnen)

„Beim Klimaschutz geht es letztlich um die physische

ten Diskussionsergebnisse dienen als Basis für einen zweiten Workshop in Südafrika, auf dem ein Paket von Empfehlungen für die Klimapolitik geschnürt werden soll.

Darüber hinaus ist eine zweite Projektphase geplant, die den Dialog auf die eigentlichen Adressaten ausweitet. So sollen Klimapolitiker aus wichtigen Ländern zusammengebracht werden, um die Empfehlungen der Wissenschaftler aus der ersten Phase zu diskutieren. Ziel ist es, den offenen Austausch von Positionen zu ermöglichen, abseits der für einen wirklichen Dialog wenig förderlichen Atmosphäre formeller Verhandlungen. Dadurch soll das gegenseitige Verständnis gefördert und eine gemeinsame Vertrauensbasis geschaffen werden, auf die sich vielleicht während der offiziellen Verhandlungen zurückgreifen lässt.

Wohin geht die Reise?

Aus den bisherigen Erfahrungen des Dialogs lassen sich drei vorläufige Schlussfolgerungen für die nächsten Schritte in den Klimaverhandlungen ziehen.

1. Zentral für zukünftige Verhandlungen ist die Frage, wie das gleiche Recht eines jeden Menschen auf die Nutzung der Atmosphäre langfristig verwirklicht werden kann. Doch der alleinige Fokus im wissenschaftlichen wie politischen Diskurs des Nordens auf die Emissionsseite der Klimapolitik greift zu kurz. Verhandlungen um eine „gerechte“ Verteilung von Emissionsrechten müssen mit Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel

einhergehen. Gerechtigkeit darf nicht nur in ihrer Verteilungsdimension betrachtet werden, sondern ist auch eine elementare Forderung zur Sicherung der Menschenwürde, der Lebens- und Subsistenzrechte vieler Millionen Menschen. Dies bedeutet nicht zuletzt einen wirkungsvollen Finanztransfer von Nord nach Süd, um den Betroffenen eine Anpassung an den Klimawandel zu ermöglichen. Denn der Klimawandel findet nicht nur in den Computern als das Ergebnis von Klimamodellierungen statt, sondern ist real und schädigt bereits heute Menschen ganz konkret.

2. Eine Methode ist zu finden, wie man sachgerecht und politisch akzeptabel zwischen Entwicklungsländern differenzieren kann. Dies läuft der bisherigen, historisch teilweise gut begründeten Strategie der Entwicklungsländer entgegen, sich als nicht-spaltbare Einheit zu betrachten. Doch die Entwicklungsländer als homogene Gruppe gibt es nicht, auch wenn sie bisher in den Verhandlungen gemeinsam unter dem Dach der „G 77 und China“ auftreten. Für den Erfolg zukünftiger Verhandlungen ist eine Differenzierung erforderlich, die zwischen so unterschiedlichen Ländergruppen wie den vom Anstieg des Meeresspiegels betroffenen kleinen Inselstaaten (AOSIS) und den Erdöl fördernden OPEC-Staaten unterscheidet, die eher die wirtschaftlichen Folgen eines intensivierte Klimaschutzes fürchten. Ein intensiver Süd-Süd-Dialog innerhalb der Entwicklungsländer würde ärmeren und kleineren Ländern helfen, ihre Interessen

Integrität der sozial Schwachen und Machtlosen."

innerhalb des Südens zu artikulieren. Dies wäre ein erster wichtiger Schritt, um der hegemonialen Stellung der „Big Three“ (China, Indien und Brasilien) sowie der OPEC entgegenzuwirken und damit langfristig die Bildung von Vorreiterallianzen zu ermöglichen.

3. Strategische Bündnisse zwischen der Europäischen Union und wichtigen Entwicklungsländern haben in der Vergangenheit den klimapolitischen Prozess getragen und werden dies auch in Zukunft tun müssen. Dies gilt gerade in einer hegemonialen Weltordnung mit einer zentralen Stellung der USA, die sich einer global abgestimmten multilateralen Strategie verweigern. Die Bildung von Vorreiterallianzen zwischen gleich gesinnten Staaten unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft ist eine der wenigen Chancen multilateraler Lösungsansätze. Damit ließe sich eine Regimebildung sogar gegen den Hegemon erreichen, wie die Verträge zum Verbot von Anti-Personenminen und zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag beweisen. (5)

Jeder Vorschlag zur Ausgestaltung eines zukunftsfähigen Klimaregimes muss sich daran messen lassen, inwiefern er eine politische Analyse der weltpolitischen Landschaft vornimmt. Ohne diese droht jede Empfehlung für ein zukünftiges Klimaschutzregime ins Leere zu laufen.

Die schwierigen Fragen der Gerechtigkeit in ihren vielen Ausprägungen müssen im internationalen klimapolitischen Prozess gestellt und auch beantwortet werden, sonst wird es keine Fortschritte

geben. Ein Scheitern der Verhandlungen kann sich die Weltgemeinschaft nicht mehr allzu oft leisten. Diese Verantwortung tragen wir nicht zuletzt gegenüber den potenziellen Opfern des Klimawandels – eine Frage elementarer Gerechtigkeit auch gegenüber den zukünftigen Generationen. _____

Anmerkungen

(1) Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2003): Über Kyoto hinaus denken – Klimaschutzstrategien für das 21. Jahrhundert. Sondergutachten. Berlin.

(2) Sachs, Wolfgang (2003): Menschenrechte und Ökologie. Wuppertal Paper Nr. 131. Wuppertal.

(3) Brouns, Bernd/Treber, Manfred (2002): Klimagipfel in Neu Delhi: Kein Fenster in die Zukunft geöffnet. Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung. Ott, Hermann E. (2002): Global Climate. Yearbook of International Environmental Law, Vol. 13.

(4) Ausführliche Informationen über das Projekt unter www.wupperinst.org/Projekte/Klima/1085.html

(5) Ott, Hermann E. (2003): Zwischen Baum und Borke. Umweltpolitik im Spannungsfeld von Globalisierung und hegemonialer Weltordnung, in: politische ökologie ⁸⁵: Machtspiel Globalisierung, S. 35-37. Und ders.: Umweltpolitik im Zeitalter der Hegemonie, in: Engelhardt, Marc/Steigenberger, Markus (2003): Die Umwelt in der Globalisierungsfalle. Hamburg.



Unter Strom stehe ich...

a) ... wenn es um den Schutz des Menschen und der Umwelt geht, immer!"

b) ... leider allzu oft, wo ich doch eigentlich den Müßiggang bevorzuge.

Zu den Autoren

a) Hermann E. Ott, geb. 1961, war Direktor der Abteilung Klimapolitik und ist seit 2004 Leiter des Berliner Büros des Wuppertal Instituts. Er studierte Rechts- und Politikwissenschaften in München, London und Berlin. Nach einer Tätigkeit als Rechtsanwalt promovierte er mit einer Arbeit über „Umweltregime im Völkerrecht“.

b) Bernd Brouns, geb. 1973, studierte Kultur- und Umweltwissenschaften an der Universität Lüneburg. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik des Wuppertal Instituts.

Kontakt

Dr. Hermann Ott

Bernd Brouns

Wuppertal Institut (für Klima, Umwelt, Energie GmbH)

Döppersberg 19

D-42103 Wuppertal

Fon ++49/(0)202/2492-129, Fax -108

E-Mail hermann.ott@wupperinst.org

E-Mail bernd.brouns@wupperinst.org